



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/158 - 13.7.1955

Einweisung
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 880

Moskauer Deutschland-Erklärung	S. 1
Wissenschaftler gegen den Krieg	S. 3
Bestellungen und Bauten für die Streitkräfte	S. 5
Der Fall Fassbinder in Düsseldorfer Landtag	S. 6

Die sowjetische Position

sp - Moskau hat jetzt, wenige Tage vor dem Beginn der Genfer Konferenz, der Weltöffentlichkeit mitgeteilt, aufgrund welcher Vorstellungen und mit welchen Absichten und Zielen es das Gespräch, insbesondere im Hinblick auf die Deutschlandfrage, führen wolle. Das ist nach den Regeln der klassischen Diplomatie ungewöhnlich, die es für falsch hält, die Karten schon vor dem Beginn des Spieles auf den Tisch zu legen. So könnte das Verfahren den Verdacht nahelegen, es handele sich auch hier wieder nur um eine Maßnahme zur stimmungsmässigen Untermauerung der sowjetischen Position für Genf. Der Vortier andererseits hat auf die Bekanntgabe seines Programms gerade in der Frage der Deutschen Wiederversivigung verzichtet, sofern es als geschlossene Meinung überhaupt besteht. Hier hat sich neulich für sein Land geäußert, Eisenhower wird es zwei Stunden vor seinem Abflug nach Genf in einer großen Fernsehsendung tun.

Die sowjetische Erklärung trägt stellenweise stark brutal offene Züge. Sie unterscheidet sich wesentlich von früheren Äußerungen ähnlicher Art, zum Beispiel auch auf der Berliner Konferenz, die den Kern der eigentlichen politischen Absichten in einer Flut von Beschuldigungen des Gegners und Behauptungen der eigenen makellosen Gesinnung beharrhaft verstaekten. Diesmal wird recht schmucklos und für sowjetische Verhältnisse relativ kurz gesagt, wie man sich die Sache denkt.

Um es auf eine knappe Formel zu bringen: die Wiedervereinigung Deutschlands könnte, wenn nicht gleich, dann später im Schritt-für-Schritt-Verfahren, erreicht werden, wenn man darauf verzichtet, Westdeutschland in das Atlantische Bündnis-System militärisch einzubauen. Die Frage, wie ein System der europäischen Sicherheit zu schaffen wäre, das allen Beteiligten und Interessierten annehmbar erscheint, darf danach der Notwendigkeit freier Wahlen, die im übrigen anerkannt wird, nicht nach- oder untergeordnet werden.

Die Sowjets wissen, wenn sie das natürlich auch nicht offen sagen, dass freie Wahlen, allein und bedingungslos mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen jeder anderen Frage vorangestellt, für sie und ihre Statthalter in der Zone zu einer vernichtenden Niederlage werden würden, mit der zusätzlichen Gefahr für sie, dass eine auf Grund solcher Wahlen zustande gekommene Regierung sich auch für den militärischen Anschluß an die NATO und Westeuropäische Union entscheiden könnte. Sie sind nicht gewillt, von sich aus den Weg dafür freizumachen. Deshalb erklären sie: Ein wiedervereinigtes Deutschland darf nicht einfach militärisch in den Westblock einbezogen werden. Das könnte man ihnen ebensowenig zumuten, wie sie dem Westen zumuten würden, ganz Deutschland dem Warschauer Abkommen anzuschließen. Dass diese zweite Möglichkeit, wenn man sie der Entscheidung der deutschen Bevölkerung unterwerfen würde, absolut unreal ist, spielt für die Sowjets in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Das Abstecken der politischen Ziele in allen Einzelheiten und vor der breitesten Öffentlichkeit, das vor knapp anderthalb Jahren geradezu den Hauptinhalt der Berliner Konferenz ausmachte und nicht wenig zu ihrem Mißlingen in der Deutschlandfrage beigetragen hat, bringt sicher die Gefahr mit sich, dass zuviel Wert auf Wirkung nach außen und wenig auf effektiven Fortschritt im eigentlichen Verhandeln gelegt wird. Davor muss man sich hüten. Wenn man es schon vor dem Beginn für unerlässlich hält, seinen Standpunkt laut zu verkünden, so sollte man während der Konferenz selbst, die ohnehin sehr kurz sein soll, doch so schnell wie möglich dazu übergehen, im eigentlichen Sinne des Wortes zu verhandeln, das heißt das Für und Wider einer Frage bis zu der Erarbeitung eines übereinstimmenden Standpunktes auszuhandeln.

Der vierte Kongress der sozialistischen Internationale hat einen bemerkenswerten Hinweis mit der Aufforderung an die Regierungen gegeben, "jeden Vorschlag und jede Möglichkeit, zu einer Lösung des Deutschlandproblems zu kommen, ernsthaft zu erwägen." Da in den Vorschauen auf Genf öfters der Gesichtspunkt immer deutlicher hervortritt, es handle sich hier vor um einen Anfang im Grundsätzlichen, um die Schaffung einer besseren Atmosphäre auf höchster Ebene für alles das, was auf tieferliegenden Ebenen später konkret vereinbart werden soll, ist die Gefahr eines zu frühen und zu schnellen Sich-Bescheidens auch mit einem ausgesprochen mageren Ergebnis groß. Eine weithin sichtbare Demonstration des allseitigen guten Willens in Genf wäre sicher nützlich. Sie wäre aber zu wenig, wenn sie nicht verbunden wäre mit der Schaffung von konkreter Grundlage für einen praktischen Fortschritt in der allgemeinen Entspannung-, besonders aber in der deutschen Wiedervereinigungspolitik.

Einstein's Vermächtnis an die Menschheit

E.A. - London

Strahlender Sonnenschein lag über London, als am 9. Juli der 83-jährige Bertrand Russell im Namen der eminentesten Wissenschaftler der Welt die Menschheit zur Ächtung des Krieges aufrief. Der Tag sollte als Erinnerung an den Gewissenskonflikt der Wissenschaft eingeprägt bleiben. Draussen strahlte die Sonne, drinnen in der Caxton Hall, wo Lord Russell sprach, lag der Todesschatten der Menschheit über der Konferenz. "Sollen wir das Menschengeschlecht sterben lassen oder soll die Menschheit sich zum Verzicht auf Krieg durchringen", so stellte Lord Russell im Namen der Wissenschaft das Problem.

Er bezeichnete die Warnung, dass Krieg mit Anwendung der Wasserstoffbombe globalen Selbstmord bedeute, als das letzte Vermächtnis seines Freundes, des Weltbürgers Albert Einstein. Kurz vor seinem Tode hatte Einstein die Erklärung der Wissenschaftler gegen den Krieg unterzeichnet. Es war seine letzte Botschaft an die Menschheit. Am 9. Juli wurde sie brieflich an Präsident Eisenhower, Premierminister Eden, Marschall Bulganin, Präsident Coty, Ministerpräsident Chou-En-Lai und Premierminister St. Laurent von Kanada abgeschickt. Sie ging an die Staatsoberhäupter aller Länder, die bereits Wasserstoffbomben besitzen oder sie in absehbarer Zeit besitzen werden. Sie alle wurden gebeten, die Erklärung zu prüfen und öffentlich dazu Stellung zu nehmen.

Ächtung der Atomwaffen ist keine Lösung

Lord Russell erklärte in seiner Pressekonferenz, dass weder die Regierungen noch die breite Öffentlichkeit sich der realen Gefahr eines Krieges mit Atomwaffen bewusst seien. In einem Atomkrieg könne keine Seite auf Sieg hoffen, dagegen bestehe die echte Gefahr, dass die Menschheit durch Staub und Regen aus radioaktiven Wolken vernichtet werden würde. Ein Abkommen zur Ächtung von Atomwaffen könne nützlich

sein, biete aber keine echte Lösung, da solche Waffen unzweifelhaft in einem neuen Kriege produziert und angewendet werden würden. "Die einzige Hoffnung der Menschheit liegt in Vermeidung von Krieg."

Eine Weltkonferenz der Wissenschaftler

Um die Probleme zu diskutieren, die Bertrand Russel in seiner Erklärung aufgeworfen hat, wird am 3. bis 5. August in London eine Weltkonferenz von Wissenschaftlern zusammentreten. Sie wurde einberufen von der parlamentarischen Vereinigung für Weltregierung. Wissenschaftler aus den meisten westeuropäischen Ländern, aus beiden Amerika, Asien und Australien haben zugesagt. Auch eine Delegation aus Jugoslawien wird teilnehmen, doch sind bisher noch keine Annahmen aus Ländern der sowjetischen Hemisphäre eingetroffen. Immerhin hofft man, dass sie noch Vertreter entsenden werden. Lord Russel wird auf der Weltkonferenz zur Hauptentschließung sprechen. Sie wird an alle Regierungen den Appell richten, anzuerkennen, dass sie ihre Ziele nicht durch Krieg fördern können.

Dienst an der Menschheit

In London hat der Führer der Labourparty, Clem Attlee die Erklärung der Wissenschaftler als einen großen Dienst an der Menschheit begrüßt. Er drückte die Hoffnung aus, dass die Staatschefs der Großen Vier bei der Genfer Konferenz die Probleme, wie sie von Lord Russel und den Wissenschaftlern auseinandergesetzt wurden, klar erkennen und in Berücksichtigung ziehen.

Mr. Attlee hat sich schon seit mehr als einem Jahre im Sinne der Russel-Erklärung ausgesprochen. Er forderte die Einstellung von Versuchsexplusionen atomarer Waffen und befürwortete eine internationale Konferenz von Wissenschaftlern, die sich einer ernsthaften Prüfung der die gesamte Menschheit bedrohenden Gefahren eines Atomkrieges unterziehen sollte; seine Anregung wurde damals von der Tory-Regierung als unrealisierbar bezeichnet, da die kommunistischen Regierungen es ihren Wissenschaftlern nicht gestatten würden, an einer derartigen Konferenz teilzunehmen. Die jetzige Entwicklung scheint aber Attlee nachträglich Recht zu geben.

Schließlich haben Wissenschaftler die Produktion der atomaren Waffen möglich gemacht. Es ist nur recht und billig, dass sie nun aus geplagtem Gewissen heraus ihre Stimme über die dadurch heraufbeschworenen Gefahren für das Menschengeschlecht erheben.

Amt Blank bestellte schon 600 Porschewagen

Uns ging folgende Information zu:

Obwohl der Bundestag bisher noch keinen Pfennig für die geplante bundesdeutsche Wehrmacht bewilligt hat, sind vom Amt Blank, schon bevor es Verteidigungsministerium wurde, umfangreiche Bestellungen von Material herausgegangen und entsprechende Zahlungsverpflichtungen übernommen worden. Bereits vor ihrer Reaktivierung beweisen damit Dienststellenleiter in diesem Amt, wie wenig sie bereit sind, sich um das Parlament und seine Entschlüsse zu kümmern. So sind unter anderem bereits vor Monaten bei den Porsche-Werken 600 Kübelwagen zum Preis von je 9000.- DM bestellt worden, die nach dem 1. Januar 1956 geliefert werden sollen. Diese Porschewagen sollen von Abteilungsleitern von Major aufwärts gefahren werden. Ferner wurden für die Wehrbezirkskommandos bereits 1000 Volkswagen in Wolfsburg in Auftrag gegeben, die ebenfalls ab 1. Januar geliefert werden sollen. Verantwortlich für diese Auftragserteilung zeichnet der Oberst a.D. von Bock. Das sind Aufträge im Gesamtwert von über 10 Millionen DM. Ein Angebot der DKW-Werke war abgelehnt worden, da nur luftgekühlte Motoren verwendet werden sollen auf Grund einer Absprache mit NATO-Stellen. Da jedoch in absehbarer Zeit mit einer erheblichen Stahlverknappung gerechnet wird, sind für weitere geplante Aufträge an Wehrmacht-PKWs Versuche mit Kunststoff-Karosserien bei den Uerdinger Waggonfabriken im Gang. Eine solche Karosserie mit rund einem Zentner Gewichtersparnis war von DKW bei seinem Angebot vorgeführt worden.

Gleichzeitig wird bekannt, dass überall im Bundesgebiet sog. "Finanzneubauämter" gebildet oder im Aufbau begriffen sind. Sie sind Dienststellen der Finanzbauämter bei den Oberfinanzdirektionen und unterstehen einer besonderen Finanzneubaustellung im Bundesfinanzministerium. Diese Ämter sind für die Planung und den Bau von Kasernen, Befestigungsanlagen, Flugplätzen usw. verantwortlich und arbeiten bisher z.T. sehr eng mit westalliierten Dienststellen zusammen. Die Leiter dieser Finanzneubauämter sind, so weit bekannt ist, fast ausschließlich ehemalige Baubeamte der alten Wehrmacht, so dass auf diesem Umweg bereits eine Gruppe der ehemaligen Angehörigen der

Wehrverwaltung im Bundesdienst tätig ist. Im Gebiet der Oberfinanzdirektion Düsseldorf sind nach dem Stand vom 1.3.1954, im Bereich der in Köln 6 und in dem von Münster ebenfalls 6 solcher Neubaudäter bekannt, die, zumindest dem ursprünglichen Plan zufolge, nach Genehmigung der Aufrüstung durch den Bundestag aus dem Finanzministerium ausgegliedert und dem Verteidigungsministerium angeschlossen werden sollten. Auf diesem Sektor ist danach bereits eine Wehrverwaltung des Bundes aufgebaut worden, bevor der Bundesrat zu dieser Angelegenheit überhaupt Stellung nehmen konnte.

* * *

Unerwünschte Friedensgesinnung

sp - Weil die ^{*}gewesene Dozentin an der Pädagogischen Akademie und praktizierende Katholikin Prof. Klara Fassbinder eine andere politische Auffassung als die in Bonn herrschende Mehrheit hatte, weil sie ihr Lebenswerk der Arbeit für den Frieden widmete, weil sie in ihren Vorlesungen den Krieg in jeder Form verdammt und aus ihrer pazifistischen Gesinnung, weder im Dritten Reich noch im Klima der Bundesrepublik, kein Hehl machte, wurde sie bespitzelt, diffamiert, ihres Amtes enthoben und schließlich in den Ruhestand versetzt. In wessen Auftrag erfolgte die Bespitzelung, wer bediente sich Gestapometoden und fragwürdiger krimineller Gestalten, um diese Frau moralisch zu Tode zu hetzen? * Bonner.

Eine große Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Düsseldorf an den Unterrichtsminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Schütz, brachte zwar keine befriedigende Antwort, aber sie warf immerhin einiges Licht in einer Dachungel von Intrigen. Der Kultusminister, zu dessen Aufgabe auch die Pflege des Schönen und des Guten und, wie man meinen sollte, auch der Werke des Friedens gehört, faaste den Grund der moralischen Ächtung der Frau Fassbinder nach Zeitungsmeldungen in einem Satz zusammen: Das Betreten des Bonner Akademiegebäudes wurde ihr, heißt es in der Begründung,

verboten, weil sie Fanatikerin in Sachen des Friedens sei und deshalb nicht als voll zurechnungsfähig gelten könne.

Man muß diese erstaunliche und erschütternde Begründung dreimal über sich ergehen lassen, um die Ungeheuerlichkeit zu begreifen, die in ihr liegt. Wer also für den Frieden kämpft, wer seine Erhaltung im Atomzeitalter erstrebt, wer es für Wahnsinn hält, wenn sich die Menschheit in einem dritten Weltkrieg vernichtet, wer auf die öffentliche Meinung und auf die Mächtigen dieser Welt einwirkt, um einen kollektiven Selbstmord zu verhindern, der ist also nach der Meinung eines deutschen Kultusministers nicht ganz zurechnungsfähig, ist nicht ernst zu nehmen. Sind es auch jene weltberühmten Atomwissenschaftler, die aus Einsicht in die Gefahr, in der wir alle leben, und aus quälender Gewissensnot den bewegenden Appell Einsteins unterschrieben? Sind wir schon soweit, dass ein Eintreten für den Frieden, ein Bekenntnis gegen den Krieg, verdächtig für jeden ist, der es ablegt?

Anscheinend sind wir schon so weit. Denn in der gleichen Debatte gab der hartbedrängte Kultusminister von Nordrhein-Westfalen zu, "man" sei an ihn herangetreten, jene Beamten zu maßregeln, die seinerzeit das Frankfurter Manifest des Paulskirchenkreises für den Frieden und für friedliche Verhandlungen in der Deutschlandfrage unterzeichnet haben. Einen solchen unverschämten Begleichen hat sich der Minister verweigert. Das ehrt ihn. Noch besser wäre es freilich gewesen, wenn er auch die Namen der Persönlichkeiten und die Stellen genannt hätte, die an ihm solch ein Ansinnen stellten. Hier ist Verschwiegenheit wirklich fehl am Platze. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, wer die Maschinerie der Diffamierungen bedient, um die unabhängigen Geister, wenn man sie schon nicht hinter Schloß und Riegel setzen kann, in ihrer wirtschaftlichen Existenz zu treffen.

Verantwortlich: Peter Rauman